

# Protokollauszug

aus der  
15. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses - Videokonferenz  
vom 21.01.2021

---

öffentlich

## **Top 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

### UAJHP:

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 12.01.2021 per Videokonferenz getagt hat.

Im Rückblick auf dem JHA am 17.12.2020 spricht der UA JHP in Bezug auf die Stellenvergabe für „Die Arche“ eine dringende Empfehlung für zukünftige Prozesse aus: die Vergabe/ Umwidmung einer Stelle bedarf mehr Planungszeit und eine optimalere Bedarfsermittlung in den Sozialräumen.

Weiterhin werde man zur Wichtung der Pandemie-Schlussfolgerungen der Fach-AGs in einem separaten Termin (Verwaltung, Fach-AGs, UA JHP) zusammenkommen. Ein Ergebnis ist im nächsten UA zu erwarten, eventuell dann auch Empfehlung an JHA, Verwaltung und ähnliche.

In der kommenden Sitzung des UA JHP im Februar wird man sich mit der Themenplanung des UA für 2021 beschäftigen.

Die Träger fordern die Mitarbeiter im HzE-Bereich in die Impfstrategie zu integrieren. Der UA bittet die Verwaltung dies ggü. dem MBSJ zu forcieren.

Herr Ströber erinnert daran, dass die Stellungnahme zur SGB VIII Reform des gesamten Städte- und Gemeindebundes an den UA weitergeleitet wird (Vgl. Niederschrift JHA 26.11.2020), sobald diese vorliege. Dies sei laut Frau Reisenweber noch nicht der Fall.

### AG Kita

Die AG hat nicht getagt.

### AG HzE:

Die AG hat nicht getagt. Herr Küken habe jedoch per E-Mail eine Abfrage gestartet. Ein schriftlicher Bericht wird dem Protokoll angefügt. (**Anhang 1**).

Frau Reisenweber sichert zu, dass die Anträge durch die Träger der stationären Hilfe momentan in der Verwaltung in Prüfung seien. Es werden jedoch noch weitere Informationen benötigt und man sei in enger Abstimmung mit dem MBSJ. Weiterhin werde sie intern eine Abstimmung bezüglich der gehäuft abgesagten Termine in der ambulanten Hilfe vornehmen, um sicherzustellen, dass keine Familien durchrutschen.

### AG JuFö:

Frau Tietz berichtet, dass die AG am Dienstag per Videokonferenz getagt habe.

Sie bittet darum in den nächsten Sitzungen des JHA über den aktuellen Sach- und Planungsstand zum Ribbeck-Eck zu berichten.

Die AG wünsche sich eine bedarfsgerechtere Planung für Angebote in den Kinder- und Jugendclubs. Die Beratungsbereitschaften, die zwischen den Jahren geschaffen werden sollten, wurden so gut wie gar nicht genutzt.

Weiterhin begrüße man in der AG weiterhin die Idee der Bildung einer Task Force für spontane Reaktion in Pandemiezeiten.

Im Namen des AKKJ berichtet Sie, dass die Angebote zwischen Weihnachten und Neujahr vor allem von jüngeren als von älteren Kindern und Jugendlichen genutzt wurden. Die allgemeine Situation nehme man vor Ort als sehr angespannt wahr, d.h. es komme viel schneller zu Streit in den Kinderclubs. Auch der Bedarf bei Eltern sei hoch. Bei der Angebotsplanung für das Home-schooling stelle man immer wieder fest, dass die technische Ausstattung in den Clubs flächendeckend nicht ausreichend sei. Dazu wurden bereits Signale von den Clubs an das Jugendamt übermittelt. Weiterhin übernehmen die Fachkräfte vor Ort die Betreuung der Beschulungsaufgaben, obwohl sie keine Lehrkräfte seien. Dies führe zu anhaltender Überlastung. Man diskutiere im AKKJ das Datenschutzthema – dürfen Kids erfasst werden? Und man registriert, dass der öffentliche Raum momentan vor allem von männlichen Gruppen erschlossen werde, sich die Mädchen vorrangig im privaten Raum aufhalten. Diese müssten viele Tätigkeiten im häuslichen Umfeld übernehmen und werden von MitarbeiterInnen nur noch schwer erreicht.

Frau Tietz betont abschließend, dass die AG bei der Erarbeitung der neuen Stadtordnung (z.B. Planung von Skate- und BMX-Arealen) mit einbezogen werden möchte. Herr Kolesnyk bekräftigt, dass die Überweisung aus der SVV sicherlich auch in den JHA erfolgen werde.

#### RegAG1:

Es erfolgte keine Berichterstattung.

#### RegAG2:

Herr Küken habe per E-Mail eine Abfrage gestartet. Es gab jedoch nur eine Rückmeldung einer Kita im Stadtteil Drewitz. In den Schwerpunktsozialräumen sei der aktuelle Leidensdruck sehr hoch. Man wünsche sich weiterhin eine rechtzeitige Beschlussfassung und Weiterleitung bezüglich der Eindämmung auf Landesebene.

#### RegAG3:

Herr Papadopoulos berichtet, dass die letzte Sitzung im Oktober stattfand. Frau Goldberg übernehme seitdem die kommissarische Leitung der AG. Ein neuer Sitzungstermin sei für Ende Februar angedacht. Die RAK tage am 17.02.2021.

## **Bericht AG HzE zum JHA am 21.01.2021**

### **Stationär:**

- Distanzlernsituation - zu den Aufgaben der Betreuung kommt die Aufgabe des Unterrichtens – es wurde bislang noch kein erhöhter Personalbedarf seitens des Kostenträgers anerkannt - es gibt hier und da Einzellösungen, aber alle Wohngruppen haben das gleiche Problem
- hohe Belastung unter den Kinder/Jugendlichen/Mitarbeitern besteht, da sich der Alltag hauptsächlich in den Häusern abspielt
- ein hoher Bedarf an Betreuung (zeitlich, emotional) muss abgedeckt werden
- die Beschulung kommt belastend dazu, bzw. haben wir einen hohen technischen Aufwand, da jede Schule ein anderes Model fährt und wir dazu Laptops usw. zulegen mussten
- Teststrategie wie Impfstrategie ist die stationäre Jugendhilfe nicht beachtet worden...ist zwar Landessache, kann hier aber auch kommunal Thema sein
- In dieser Zeit ein Praktikum als Erzieher\*innen zu finden scheint schwer zu sein...wir machen bewusst mit Praktikant\*innen weiter, obwohl es das Risiko einer Infektion erhöht, bzw. nutzen sie für die schulischen Aufgaben
  
- positiv viele Angebote die Online abgehalten werden.... Therapien bis hin zum Fußballverein
  
- für den sog. Distanzunterricht hat sich etwas bewegt Finanzierung von 5 Stunden pro Tag zusätzlich

### **Ambulant:**

- FlexHilfen laufen weiter und wir haben unsere Mitarbeiter\*innen angehalten, diese möglichst draußen stattfinden zu lassen. Allerdings hat dies beim aktuellen Wetter auch seine Grenzen
- die Kollegen in den Fällen beklagen jetzt schon über abgesagte Termine, teils weil die Klienten verunsichert sind und lieber über Telefon eine Beratung eingehen. Hat zur Folge, dass regelmäßige Termine oft nicht realisierbar sind.
- Quarantänefälle in der betreuten Familie, verhindert regelmäßige Terminabsprachen.
- Nachfrage der Sozialarbeiter nach Hilfen hat merklich nachgelassen, da sie wenig Präsenzarbeit leisten und aktuelle Bedarfe von Klienten nicht aufgenommen werden
- HPGs und andere notwendige Gespräche werden häufig nach hinten geschoben oder erst gar nicht realisiert.
- erhebliche Stundeneinbußen werden diesen Monat zu verzeichnen sein
  
- **dringend benötigt - Absprache mit dem JA, um bei solchen Situationen einen Ausgleichsmechanismus zu aktivieren (z.B. monatliche Abrechnung unter dem Durchschnitt – sollte die Möglichkeit bestehen, beim JA eine Pauschale zu beantragen)**
- **unter den momentanen Bedingungen werden die nächsten Wochen und Monate heftig und es wäre gut, wenn wir Absprachen hätten, die jeden Träger in die Lage versetzen, einen wirtschaftlichen Schaden abzuwenden und den Weiterbetrieb zu sichern**
  
- begleiteten Umgänge finden in Trägerräumen statt - insbesondere dann, wenn sie länger als 1 Stunde sind

- schwierig da vorhandene Hygienevorschriften
- Folge - nicht genügend räumliche Kapazitäten, um begleiteten Umgänge stattfinden zu lassen da wir sie auch nicht im elterlichen Umfeld stattfinden lassen können weil hier die Räume zumeist zu beengt sind
- Folge Anmietung externer Räume – hier entstehen Kosten, welche nicht kalkuliert sind
- BU – viele Ausfälle durch Quarantäne bzw. Sorge der beteiligten Eltern
- Mitarbeiter\*innen werden die FFP2-Masken zur Verfügung gestellt - diese Kosten und die Kosten für die anderen Hygieneartikel (Desinfektionsmittel etc.) – keine Refinanzierung (die Kosten werden durch die eingesparten Fortbildung- und Supervisionsgelder nicht mehr aufgefangen – zumal diese in kleinen Gruppen weiter stattfinden